№ 280. Sonnabend, den 28. November 1896.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Insertionsgebühr
die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf.
Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34
Heinrich Netz, Koppernikusstraße.

Inseraten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke. Graudenz: Der „Gesellige". Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Austen.

Expedition: Brückenstr. 34, part. **Redaktion:** Brückenstr. 34, I. Et.
Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidendank, G. L. Daube u. Ko. u. sämmtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a./M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg 2c.

Vom Reichstage.

153. Sitzung vom 26. November.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Abg. Auer und Gen.: Die Unterzeichneten fragen hiermit den Herrn Reichskanzler, welche Schritte die Reichsregierung gethan hat, um die Verfügung des russischen Zolldepartements vom 22. August (3. September) d. J., betreffend die Zollbehandlung feiner Lederwaaren 2c., rückgängig zu machen, und wie weit die eventuellen Schritte gediehen sind? Auf Befragen durch den

Vizepräsidenten Schmidt, ob der Regierungsvertreter Antwort auf die Interpellation zu ertheilen bereit sei, erklärt

Staatssekretär v. Bötticher, er bedaure lebhaft, genöthigt zu sein, die Beantwortung ablehnen zu müssen. Es schwebten zur Zeit hier in Berlin internationale Verhandlungen über Beschwerden, welche hinsichtlich der Ausübung des Handelsvertrages mit Rußland laut geworden seien. Bevor nicht diese Verhandlungen abgeschlossen seien und das Ergebniß der Verhandlungen die Zustimmung der verbündeten Regierungen gefunden habe, erscheine es nicht im Interesse der deutschen Wirthschaftspolitik, die Sache zum Gegenstand öffentlicher Verhandlungen zu machen. Auch eine spätere Beantwortung könne er, der Staatssekretär, nicht zusagen, da ein Termin hierfür nicht zu übersehen sei.

Ein Antrag Ulrich (Soz.), die Interpellation dennoch zu besprechen, findet nicht die erforderliche Unterstützung von 50 Mitgliedern des Hauses. Es steht sodann die Interpellation

Auer u. Gen., betreffend die kommunalen Bestrebungen in Sachsen betr. Besteuerung der Konsumvereine zur Debatte.

Abg. Bebel (Soz.) weist, nachdem Staatssekretär von Bötticher sich zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hatte, auf die Anregung zu derartigen Besteuerungen hin, welche die zweite sächsische Kammer in ihrer Sitzung am 27. März durch einen einschlägigen Beschluß gegeben habe. Auch das Ministerium des Innern habe am 12. Mai einen entsprechenden Erlaß an die Kreishauptmannschaften gerichtet. Eine solche Besteuerung der Konsumvereine stehe im Widerspruch zur Reichsgewerbeverordnung, § 7 Ziffer 6 zum Artikel 2 der Reichsverfassung und zum Genossenschaftsgesetz. Skandalöserweise lasse man das, was aus den Konsumvereinen herausgepreßt werde, den Grundbesitzern zu Gute kommen, indem man ihnen die Grundsteuer bis um 25 Proz. herabsetze. Belastet würden durch diese Umsatzsteuern in erster Linie die Arbeiter Sachsens mit ihrem ausgedehnten Konsumvereinsbetrieb. Dieses Vorgehen decke sich allerdings mit dem Gesammtverhalten der sächsischen Regierung gegen die Arbeiter. Daß in den Konsumvereinen so viele Sozialdemokraten wären, das sei ja auch der eigentliche Grund der exzessiven Besteuerung der Konsumvereine. Und dabei sei die sozialdemokratische Partei als solche niemals für derartige Associationen gewesen, weil sie mit Lassalle meine, daß die Arbeiter, welche wegen ihrer Betheiligung an Konsumvereinen sparen, auch mit niedrigeren Löhnen vorlieb nehmen. Redner bezeichnet es als die größte Dummheit, die unsere Staatsmänner begehen könnten, wenn sie so brutale Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiterkonsumvereine anwendeten. Seine Partei protestire entschieden dagegen.

Staatssekretär v. Bötticher will dem Vorredner nicht auf dem Gebiet der hohen Wirthschaftspolitik folgen, sondern ihm nur bezüglich der Interpellation antworten, daß der Reichskanzler allerdings Kenntniß von dem Beschluß der zweiten sächsischen Kammer habe, über die Folgen desselben in Sachsen jedoch nicht. Darüber werde nachher ein Kommissar aus Sachsen Näheres mittheilen. Redner erklärt des Weiteren, daß das Genossenschaftsgesetz an keiner Stelle eine solche Besteuerung verbiete, und daß die Gewerbeordnung ausdücklich staatliche und kommunale Gewerbesteuer gestatte.

Sächs. Kommissar Geh. Rath Fischer will aus Achtung vor dem hohen Hause materiell auf die Frage eingehen, wiewohl es sich lediglich um eine einzelstaatliche Angelegenheit handle. Bei der Verhandlung in der sächsischen Kammer habe die Regierung Licht und Schatten durchaus gerecht vertheilt, die Vortheile der Konsumvereine durchaus anerkannt und nur die Auswüchse bemängelt. Bei den in Rede stehenden Umsatzsteuern handele es sich um zulässige Gewerbesteuern. Alle Juristen seien darüber einig. Abg. Bebel habe durchaus kein Recht, das Vorgehen der sächsischen Regierung brutal zu nennen. Die sächsische Regierung habe Auskunft von den Kreishauptmannschaften verlangt darüber, ob es sich in den einzelnen Fällen um solide Konsumvereine handele oder nicht, und nach welchen Grundsätzen die Besteuerungen erfolgten. Und danach würde die Regierung ihre Entschließung treffen.

Abg. Fuchs (Zentr.) hält die Umsatzsteuern auf die Konsumvereine für zulässig, auch seine Freunde seien dieser Ansicht. Was die Konsumvereine an sich anbelange, so sei die Zeit wohl vorbei, wo man in den Konsumvereinen eo ipso etwas Gemeinnütziges gesehen habe. Nicht mit den Konsumvereinen sei den Arbeitern zu helfen, sondern nur auf dem Wege der sozialpolitischen Gesetzgebung. Redner kennzeichnete alsdann die Auswüchse des Großkapitals, das Uebergreifen desselben auf den Detailhandel: in Köln das Waarenhaus Tietz, in Berlin Wertheim, den dadurch bedingten Ruin der Konkurrenten aus dem Mittelstande. Gerade die Besteuerung sei das Mittel, hemmend zu wirken; nur eine Prohibitivsteuer könne helfen und dazu müsse man unbedingt schreiten. Redner beleuchtet schließlich den allzu materialistischen Geist als Grundübel der heutigen Zeit.

Abg. Stolle (Soz.) geht näher auf die Verhandlungen in der sächsischen Kammer ein, durch welche die dortige Regierung gar keinen Anlaß erhalten hätte, eine Besteuerung gerade der Konsumvereine anzuregen. Bei einzelnen Konsumvereinen betrage die Steuer 50 pCt. des Ertrages. Das sei doch keine Gerechtigkeit. Da müßte doch die Umsatzsteuer auf jedes Detailgeschäft gelegt werden; ebenso auf jedes Bankgeschäft. Die ganze Sache liege daran, daß neben der eigentlichen Regierung in Sachsen eine Oberhofrathspartei regiere.

Sächs. Geh. Rath Fischer weist nochmals die Unterstellung zurück, daß die sächsische Regierung diese Umsatzsteuer angeregt habe und die Arbeiter unterdrücken wolle.

Abg. Zimmermann (Antis.) beleuchtet die Auswüchse des Konsumvereinswesens in Sachsen und hält die Umsatzsteuer für gesetzlich zulässig und für zweckmäßig. Des Weiteren kritisirt er die großkapitalistischen Betriebe und die Beamten- und Offiziers-Waarenhäuser.

Abg. Schneider (frs. Vp.) protestirt gegen die Anregung des Abg. Fuchs, eine Prohibitivsteuer einzuführen. Was die Berechtigung der Umsatzsteuern in Sachsen anlange, so sei diese zweifelhaft. Auch habe ja der Staatssekretär v. Bötticher die Verantwortung auf den sächsischen Kommissar abgewälzt und dieser habe ein non liquet ausgesprochen. Um eine Gewerbesteuer im Sinne der Gewerbeordnung § 7 handele es sich jedenfalls nicht.

Abg. Haußmann (südd. Vp.) führt aus, der Geist und Wille einer Gewerbesteuer im Sinne des § 7 sei jedenfalls nur eine Steuer auf alle Gewerbe, aber nicht eine Steuer, die einzelne Gewerbszweige oder gar einzelne Gewerbskreise herausgreife. Und ganz zweifellos erstrecke sich das Verbot des § 7 auf prohibitive Steuern derart wie in Sachsen. Danach bedauere er, daß sich der Staatssekretär heute die Sache so leicht gemacht habe! Interessant sei es gewesen, wie Abg. Bebel heute auf die Tribüne gemußt habe, um, trotz Lassalle, für die Konsumvereine einzutreten. Schultze-Delitzsch habe über Lassalle gesiegt, die Tathsachen seien stärker, als die Theorien, die Arbeiter vernünftiger als ihre Führer! (Beifall!) Die Entwickelung der Konsumvereine sei und bleibe eine gesunde.

Abg. Wurm (Soz.) wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Zimmermann, daß seine Partei die Konsumvereine zu politischen Zwecken verwende. Die Ausführungen des Vertreters der sächsischen Regierung seien wenig überzeugend gewesen. Wer für die Konsumvereine kämpfe, kämpfe für das Wohl des kleinen Mannes.

Das Haus vertagt sich, nachdem nach einigen persönlichen Bemerkungen die Besprechung der Interpellation geschlossen war, auf Freitag: Fortsetzung der zweiten Berathung der Justiznovelle.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

5. Sitzung vom 26. November.

Am Ministertische: Finanzminister Dr. Miquel.

Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Lesung des Schuldentilgungsgesetzes.

Finanzminister Dr. Miquel entgegnet zunächst auf einige gestrige Aeußerungen des Abg. Richter und antwortet sodann dem Abg. Bachem, der das Reich als arm bezeichnet hatte, ob der wohl wirklich arm zu nennen sei, der sich in der angenehmen Lage befinde, seine Schulden durch andere Leute, nämlich durch die Einzelstaaten, bezahlen zu lassen. (Sehr gut! Bei den Nationalliberalen). Redner hofft, in der Kommission nachweisen zu können, daß der vorgeschlagene Ausgleichsfonds durchaus den früher aus dem Zentrum geäußerten Ansprüchen entspreche.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.) kann eine völlige Trennung zwischen den allgemeinen Staats- und den Eisenbahnfinanzen nicht billigen, hält aber doch eine gewisse feste Grenze zwischen beiden für durchaus nothwendig.

Abg. v. Eynern (ntl.) ist erfreut über die Wiedereinführung eines festen Tilgungsfonds. Ob das Zentrum im Reichstage so sparsam bleiben würde, wenn seine Herrschaft dort erst fester stehe, bezweifle er, Redner; werde doch in der Zentrumspresse allen Ernstes verlangt, daß die katholischen Geistlichen im Gehalt den evangelischen gleichgestellt würden. Darum müsse jedenfalls der Begehrlichkeit des Reiches ebenfalls ein Riegel vorgeschoben werden.

Abg. Fritzen-Borken (Zent.) hält eine obligatorische Schuldentilgung für durchaus unnöthig. Bisher sei freiwillig schon viel mehr als ½ pCt. getilgt worden. Mit der Uebernahme des Zwanges würde der Landtag sich selbst ein Mißtrauensvotum ausstellen. Gegen einen Ausgleichsfonds habe er nichts einzuwenden, er verlange aber Bürgschaften für eine rechte Verwendung desselben. Redner betont schließlich gegenüber den Angriffen verschiedener Redner über die Reichsfinanzpolitik des Zentrums, daß die Matrikularumlagen das einzige Agens seien für unsere Finanzminister, im Bundesrathe auf Sparsamkeit zu dringen. Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Die Vorlage geht an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Feuilleton.

Am Vorabend der Hochzeit.

Kriminalroman aus dem englischen Familienleben
von **H. Stökl.**

42.) (Fortsetzung.)

19. Kapitel

Am nächsten Tage ist der Gerichtssaal womöglich noch mehr besetzt, als am Tage zuvor, denn obgleich die meisten in der Gerichtspraxis erfahrenen Leute erklären, daß der Fall so gut wie entschieden sei und nichts mehr fehle als der Spruch der Geschworenen, so will doch Jedermann zugegen sein, wenn eben dieser Spruch über den jungen, reichen Gutsherrn gefällt wird.

Frank Leslie sieht noch angegriffener aus, als am Tage vorher, und der müde, apathische Blick, den er über die neugierige Menge schweifen läßt, wenn er sein Gesicht nicht in der Hand verbirgt, zeigt nur allzu deutlich, daß er selbst die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang der Verhandlung aufgegeben habe.

Die Zeugen aus Newbury sind eingetroffen, sie werden beeidet und bezeugen nacheinander Marthas Entführung, das in Umlauf gesetzte Gerücht von ihrem Tode und ihre geheime Heirath mit dem Angeklagten, obwohl Ballendar eine nochmalige gewaltsame Anstrengung macht, diese Punkte von der Verhandlung auszuschließen. Er behält sich vor, noch einige Zeugen aufzurufen, und beginnt dann seine Vertheidigungsrede.

„Wir haben hier," so sagt er nach den üblichen einleitenden Worten, „wir haben hier einen Mord vorliegen, aber ohne Ermordeten. Auch nicht der kleinste Theil eines Leichnams beweist, daß überhaupt ein Mord stattgefunden hat. Ich bitte Sie, meine Herren Geschworenen, diesen Umstand fortwährend vor Augen zu behalten. Die Anklage beruht einzig und allein auf der durch nichts unterstützten Aussage einer Zeugin und auf einer Reihe zufälliger Umstände. Ohne die Aussage der Zeugin würde die ganze Angelegenheit einfach in nichts zerfließen. Lassen wir nun die Beweise, welche die Umstände zu ergeben scheinen, einen nach dem andern an uns vorüberziehen. Sie sind eine Reihe von Nullen, wie ich Ihnen darlegen zu können hoffe. —

Ein Hut ist aufgefunden worden! Ja, meine Herren Geschworenen, die mit einem so großen Aufwand von Scharfsinn und Geschicklichkeit geführte, von sämmtlichen Detektives und Polizeibeamten des Königreichs unterstützte Anklage ist glücklich genug gewesen, einen Hut aufzufinden! Einen Hut und einen Hutmacher! Ich bitte, letzteren Umstand nicht zu übersehen. Der Name des Hutmachers stand in dem Hute, und so ist es thatsächlich gelungen, diesen aufzufinden und von London hierher kommen zu lassen, nur damit er die wichtige Aussage machte, daß die Krempe des Hutes eine Beschädigung hat.

„Wenn Sie diesen Saal verlassen, meine Herren Geschworenen, so bitte ich Sie, Ihre eigenen Hüte genau ansehen zu wollen, ob der eine oder der andere davon vielleicht einen nicht ganz unbeschädigten Rand hat, und sollte dies der Fall sein, so fragen Sie sich, ob eine solche Zufälligkeit wohl genügend wäre, um darauf die Anklage des Mordes gegen einen Ihrer Nebenmenschen zu erheben. Sie müssen zugeben, daß dies einfach lächerlich wäre. Wie leicht kann der Riß durch einen Stoß in einem Omnibus, durch einen Fall, ein Hängenbleiben, oder durch irgend einen der tausend kleinen Unfälle, die auf Reisen vorzukommen pflegen, entstanden sein!

„Dann wird einer Feindschaft zwischen meinem Clienten und Mr. Benton Erwähnung gethan, — der Herr Staatsanwalt nennt denselben unwandelbar „den Ermordeten," ich aber frage: Wo ist der Leichnam des Ermordeten? Es bestand ein Streit; ja, meine Herren Geschworenen, ein so furchtbarer, rachefordernder, unversöhnlicher Streit, daß der Eine der beiden Betheiligten den Andern zu seinem Geburtstagsfeste einlud. Die Worte, welche die Anklage eine Drohung nennt, wurden von dem Angeklagten ausgestoßen, als das Anerbieten zurückgewiesen ward. Sie lauteten: „Dann hüte Dich, denn wenn Du mir in den Weg kommst, werde ich Dich niederschlagen!" Achten Sie auf das Wörtchen „dann". Dasselbe muß sich auf etwas von Mr. Benton Gesagtes beziehen. Hatte dieser vielleicht eine Drohung ausgestoßen? Wir dürfen unserer eigenen Sprache nicht mehr trauen, wenn es nicht so gewesen wäre. Lassen Sie das Wort „dann" weg, so ist es eine Drohung: steht es aber dabei, wie aus der beschworenen Aussage hervorgeht, so sind die Worte des Angeklagten nur die Entgegnung auf eine Drohung. That Mr. Benton in jener Nacht irgend etwas, um seine Drohung auszuführen? Wenn die Zeugin Käthe Rallas Recht hat, so that er nichts. Beide Männer gingen ruhig und ohne zu streiten neben einander. Die einzigen Worte, welche sie wahrnahm, waren: „Du sollst aber!"

„Meine Herren Geschworenen! Sie müssen als einsichtsvolle Männer die Vorgänge des Abends im Zusammenhange mit denen des Morgens beurtheilen. Am Morgen hatte mein Client sich bemüht, Frieden zu schließen. Ist es nun nicht leicht anzunehmen, daß seine Worte bedeuten: „Du sollst aber Frieden schließen?" Der Ansicht meines werthen Kollegen gemäß wollten sie sagen: „Du sollst aber mit mir an einen abgelegenen Platz kommen, damit ich Dich daselbst tödten kann." Ist eine solche Erklärung mit dem gesunden Menschenverstande in Einklang zu bringen? Wenn die Worte in dieser Bedeutung gebraucht worden wären, würde dann wohl Mr. Benton oder überhaupt irgend ein vernünftiger Mensch mit dem Angeklagten gegangen sein?

„Ich komme jetzt mit Bedauern auf jenen Theil der Anklage zu sprechen, der sich auf die geheime Heirath der Angeklagten bezieht. Der Herr Staatsanwalt hat es für gut befunden, den Namen einer Dame, den Niemand ohne Achtung nennen kann, der Thränen der Dankbarkeit in die Augen manches erwachsenen Mannes ruft, der von ihrem eigenen Geschlechte verehrt wird und den die Kinder mit ihren Gebeten zum Throne Gottes emportragen, — er hat es für gut befunden, diesen Namen hier in die Verhandlung des Gerichtshofes hineinzuziehen. Zu welchem Zwecke?

„Zum Beweise dafür, daß diese edle Frau einen Meuchelmörder heirathete, um ihn vor den Folgen seiner That zu schützen, — zum Beweis dafür, daß sie ihre reine, schuldlose Hand in die von Freundesblut befleckte Hand eines feigen Mörders legte.

„Der Mann, welcher dort zwischen Leben und Tod zittert, war öffentlich mit ihr verlobt und heirathete sie im Geheimen. Was geht das uns an? Wir sind hier, um ihn wegen Mordes an Harry Benton zu richten, aber nicht, um sein Urtheil einer Thorheit oder romantischen Laune wegen zu sprechen, die ihn veranlaßte, eine zeremonielle Heirath zu vermeiden.

(Fortsetzung folgt.)

Es folgt die erste Lesung des Lehrerbesoldungsgesetzes.

Abg. Knörcke (frs. Vp.) bedauert, daß trotz des guten Willens des Kultusministers den Lehrern wiederum nicht gewährt worden sei, was ihnen von Gottes- und Rechtswegen gebühre. Insbesondere sei eine Erhöhung des Grundgehalts und der Alterszulagen zu fordern. (Zustimmung links.) Bedenklich sei die Bevorzugung des platten Landes vor den großen Städten. Er hoffe, daß der Finanzminister in der Kommission noch werde mit sich reden lassen. (Rufe: Na! Na!) Ach, der Herr Finanzminister, so entgegnet Redner auf den Zwischenruf, ist unter Umständen gar nicht so schlimm. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Porsch (Zent.) erklärt, seine Fraktion habe, wie im vorigen Jahre, auch gegen diesen Entwurf prinzipielle und taktische Bedenken, weil sie die Regelung des gesammten Volksschulgesetzes und zwar auf christlicher Grundlage fordere. (Bravo im Zentrum und rechts.) Die Stellung des Zentrums zu der Aenderung der Bestimmungen über die Alterszulagekassen mache es von den weiteren Erklärungen der Regierung abhängig. Das Grundgehalt, das ja nur ein Mindestgrundgehalt sei, werde sich kaum höher festsetzen lassen, wohl aber hoffe das Zentrum, in der Kommission die Bestimmungen über die Alterszulagen noch verbessern zu können. Leider sei der vorjährige Kommissionsbeschluß zu Gunsten der Lehrer an Privatanstalten in die jetzige Vorlage nicht aufgenommen worden. Redner beantragt Verweisung der Vorlage an eine 21gliedrige Kommission. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Tzschoppe (frk.) hält das vorgeschlagene Mindestgrundgehalt für zu niedrig und den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr entsprechend. Das Entgegenkommen gegen die großen Städte bezüglich der Staatszuschüsse sei sehr bedeutend. (Lachen links.) Redner empfiehlt Erhöhung des Minimalgehalts auf 1000 Mk. Außerdem würden seine Freunde auch an der Erhöhung der Alterszulagensätze über die Vorlage hinaus unbedingt festhalten. Ferner sei eine Vorlage zur Aufbesserung der Wittwen- und Waisengehälter zu fordern, sobald die finanzielle Besserung eine dauernde geworden sei. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Heydebrand (kons.) kritisirt scharf die Aenderungen gegen die frühere Vorlage zu Gunsten der großen Städte. Redner betont gegenüber dem Vorredner, daß seine Partei unter keinen Umständen einer Steigerung der Belastung der kleinen Städte zu Gunsten der Lehrer zustimmen könne. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Einer Erhöhung der Gehaltssätze könnten seine Freunde eventuell zustimmen, wenn der Finanzminister mit einer Erhöhung der Staatsleistungen einverstanden sei oder aber die Staatsleistungen an die großen Städte entsprechend gekürzt würden. (Lachen links.)

Kultusminister Dr. Bosse glaubt konstatiren zu können, daß die Aufnahme der Vorlage im Hause im Allgemeinen eine sympathische sei. Er werde jedenfalls stets Alles thun, um die Lage der Lehrer möglichst zu verbessern. (Beifall.) Die Zugeständnisse an die großen Städte seien nur dem dringenden Wunsche nach baldmöglichstem Zustandekommen des Gesetzes entsprungen. Alles komme der Regierung darauf an, nicht wieder vergebens gearbeitet zu haben. (Beifall.)

Abg. Noelle (ntl.) ist erfreut über das Entgegenkommen der Staatsregierung gegen die großen Städte, bedauert aber, daß auch die jetzige Vorlage die Anerkennung des Prinzipes vermissen lasse: Was die Städte haben, sollen sie auch behalten. Seine Freunde würden bei dem entsprechenden Antrage Sattler des vorigen Jahres beharren.

Abg. v. Kardorff (frk.) meint, wenn man wolle, daß die Schulen Gemeindeanstalten bleiben, so müsse man auch die Gemeinden leistungsfähiger machen durch Einschlagen einer anderen Wirthschaftspolitik. Er empfehle dringend Erhöhung des Grundgehalts und der Alterszulagen. Sollte dieses Gesetz wieder scheitern, so würde er für seine Person, so lange die Lehrerbesoldungsfrage nicht geregelt sei, keinem Gesetze zustimmen, das die Beamtengehälter aufbessere.

Nächste Sitzung Freitag: Fortsetzung der Debatte.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. November.

Der Kaiser hat in diesen Tagen in Kiel verschiedene Schiffsbesichtigungen vorgenommen und hat Schießübungen beigewohnt. Freitag Vormittag gedachte er sich nach Altona zum Besuche des Grafen Waldersee zu begeben. — Die Kaiserin ist am Donnerstag wieder in Potsdam eingetroffen.

— Als künftige Sommerresidenz des Kaiserpaares sollte nach dem Stöckerschen „Volk", das diese Mittheilung „aus absolut sicherer Quelle" erhalten haben wollte, Wilhelmshöhe bei Kassel in Aussicht genommen sein, und zwar auf eine Reihe von Jahren, nicht bloß zu kurzer Sommerfrische, sondern zu ständigem Aufenthalt an Stelle Potsdams. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." ist nun in der Lage, diese Angaben als lediglich auf Erfindung beruhend zu bezeichnen. Wie schon in den letzten Jahren wird Schloß Wilhelmshöhe auch künftig für einige Wochen als Sommeraufenthalt wohl benutzt werden, es ist jedoch an zuständiger Stelle nichts von der Absicht bekannt, den ständigen Sommersitz dorthin zu verlegen.

— Der Bundesrath hat in seiner Sitzung vom Donnerstag dem Entwurf von Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung, betreffend den Gewerbebetrieb der Ausländer im Umherziehen, dem Besoldungs- und Pensionsetat der Reichsbankbeamten für 1897, dem Entwurf einer Ausnahmebestimmung von dem Verbote der Sonntagsarbeit in Mälzereien, sowie u. a. dem Ausschußantrag betreffend die zollfreie Ablassung von Mineralöl zu Raffinations- und andern gewerblichen Zwecken die Zustimmung ertheilt. Angenommen wurde ferner der Zollanschluß des neuen Fischereihafens in Geestenmünde, sowie eine Abänderung der Vorschriften über die Denaturirung von Salz. Von der Vorlage betreffend die Aufhebung des Branntweinsteuer-Grenzbezirks gegen Luxemburg wurde Kenntniß genommen.

— Dem Reichstag ist der Handelsvertrag mit Nicaragua nebst erläuternder Denkschrift zugegangen. Der Vertrag beruht auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung und gewährt beiden Kontrahenten das Meistbegünstignngsrecht. Aus der Denkschrift ist hervorzuheben, daß die Gesammtausfuhr Nicaraguas 1895 rund 8,5 Millionen Silberdollars (der Silberdollar gleich etwas über 2 Mk.) betrug, wovon 3,3 Millionen etwa auf Deutschland entfielen. Den Hauptausfuhrartikel Nicaraguas bildet der Kaffee, von dem 1895 etwa 9,3 Millionen Kilogramm im Werthe von 5,5 Millionen Silberdollars ausgeföhrt worden. Hiervon gingen etwa 5,6 Millionen Kilogramm, also rund 60 v. H. nach Deutschland. Die Gesammteinfuhr Nicaraguas betrug rund 5 Millionen Silberdollars, wobei Deutschland, das namentlich seine mannigfachen Industrieerzeugnisse liefert, mit rund 1 Million hinter England mit rund 1,6 und den Vereinigten Staaten mit rund 1,4 Million die dritte Stelle einnimmt.

— Die in der Thronrede angekündigte Vorlage über die Dienstalterszulagen der Gerichtsbeamten ist fertig, wird aber wohl nur getheilte Anerkennung finden. Der berühmte § 8 der früheren Vorlage über die Assessoren ist fallen gelassen. Auch mit der Bestimmung, daß das Gehalt der Richter mit 3000 Mark anstatt mit 2400 Mark anfangen soll, wird man einverstanden sein; dagegen wird allgemeine Mißbilligung finden und nur dem unheilvollen Sparsystem Miquels zugeschrieben werden, daß das Höchstgehalt der Richter von 6000 Mark nur auf 6300 Mark erhöht werden soll. Die geringe Erhöhung um 300 Mark entspricht, nach der K. Z., weder den Erwartungen der Richter, noch den Versprechungen der Staatsregierung, noch der Finanzlage des Landes.

— Für eine Erhöhung der Lehrergehälter in dem neuen Lehrerbesoldungsgesetz tritt selbst der „Reichsbote" ein. Er fordert, das Minimalgehalt auf 1100 Mk. und das Maximalgehalt auf 2000 Mk. zu erhöhen. Das konservative Blatt fügt hinzu, es sei ein himmelschreiender Mißstand, wenn, wie es der Fall ist, es jetzt noch 1220 Lehrer in den Städten und 10 093 Lehrer auf dem Lande gebe, welche weniger als 900 Mark Gehalt haben.

— Die im Reichstage zur Vertheilung gelangte Novelle zu den Unfallversicherungs-Gesetzen unterscheidet sich von dem im Juni 1894 veröffentlichten Entwurfe insofern wesentlich, als sie eine ganze Anzahl von Erweiterungen der Unfallversicherungspflicht enthält. So sollen die Betriebe, welche sich mit Bauarbeiten befassen, in ihrer ganzen Ausdehnung versicherrngspflichtig werden, ferner die gesammte Thätigkeit in den jetzt schon theilweise versicherten Schlächtereien und Apotheken, sowie der mit einem Handelsgewerbe verbundene Lager- und Fuhrwerksbetrieb. Die gesammte Seefischerei wird der See-Berufsgenossenschaft angeschlossen werden. Im Uebrigen gleicht die Novelle in ihrer Anordnung der Novelle zum Kranken-Versicherungsgesetz, die am 1. Januar 1893 in Kraft getreten ist. Von Einzelheiten ist die Erweiterung der aus dem Gesetze für die Arbeiter entstehenden Wohlthaten zu erwähnen. Es gehört hierhin die Versicherung gegen Unfälle bei Nebenbeschäftigungen, die sofortige Zahlung der Entschädigungen u. s. w. bei Streitigkeiten über die Zuständigkeit der einzelnen Berufsgenossenschaft, die günstigere Bemessung der Rente für Hinterbliebene, die Ausdehnung des Kreises der entschädigungsberechtigten Hinterbliebenen auf die Enkel und Geschwister des Getödteten, die Aenderung in der Vertheilung der Entschädigungspflicht auf mehrere Berufsgenossenschaften, die Zulassung der Kapitalabfindung für kleine Renten.

— Nachdem im § 57a der Gewerbeordnung das Alter, vor dessen Erreichung der Wandergewerbeschein den Inländern in der Regel zu versagen ist, vom vollendeten 21. auf das vollendete 25. Lebensjahr erhöht worden ist, hat der Bundesrath in den am Donnerstag beschlossenen Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung auch für Ausländer die Zulassung zum Gewerbebetrieb im Umherziehen, anstatt wie bisher von der Erreichung des 21., von der Ueberschreitung des 25. Lebensjahres abhängig gemacht. Von diesem Erforderniß darf ausnahmsweise gegenüber solchen Ausländern abgesehen werden, welche nachweislich in dem nächsten vorangegangenen Kalenderjahre einen Wandergewerbeschein für dasselbe Gewerbe erhalten haben.

— Bürgerliche Freiheiten, erklärte der Reichstagsabg. v. Puttkammer-Plauth in einer Versammlung des konservativen Vereins in Danzig, hätten wir genug! Somit liege ein Bedürfniß zur Aenderung der Militärrechtspflege nicht vor; eine solche sei lediglich eine Konzession an den Liberalismus, der die Disziplin untergraben wolle. — Und so ein Gesetzentwurf ist mit Ermächtigung des Kaisers dem Bundesrath vorgelegt worden!

— Der auswärtige Handel des deutschen Zollgebietes weist im Oktober 1896 in Tonnen zu 1000 kg netto folgende Zahlen auf: Einfuhr 3 562 699 gegen 3 201 560 im Oktober 1895, daher mehr 361 139. Die Gesammteinfuhr in den 10 Monaten des Jahres 1896 beträgt 30 000 888 gegen 26 664 752, daher mehr 3 336 136, worunter Getreide 5 060 120 gegen 4 177 551, daher mehr 882 569. Ausfuhr 2 370 358 gegen 2 242 340 im Oktober 1859, daher mehr 128 018. Die Gesammtausfuhr in den 10 Monaten des Jahres 1896 beträgt 21 076 307 gegen 19 352 436, daher mehr 1 723 871.

— Die „Frankfurter Zeitung" hat sich bekanntlich entschlossen, ein gegen sie um einer Lappalie willen eingeleitetes Zeugnißzwangsverfahren damit zu beantworten, daß sie die Hamburger Staatsanwaltschaft in die Lage setzt, nunmehr auch bezüglich der von den „Hamburger Nachrichten" begangenen Preisgebung von Staatsgeheimnissen die Konsequenzen zu ziehen. Diesem Vorgehen hat sich auch die „Königsberger Hart. Ztg." angeschlossen, die sich in der gleichen Lage befindet. Die „Deutsche Tageszeitung" sucht die beiden Blätter dafür lächerlich zu machen. Das Agrarierblatt giebt sich dabei den Anschein, als werde sich kein Richter finden, der gegen die „Hamb. Nachr." mit denselben Mitteln vorgeht, wie wegen weit geringfügiger Anlässe gegen die „Frkf. Ztg." und gegen die „Königsb. Hart. Ztg." vorgegangen wird. Die „K. Hart. Ztg." bemerkt dazu mit Recht: Die „Dtsch. Tgsztg." macht sich damit einer schweren Beleidigung des Richterstandes schuldig, denn sie giebt dem Ausdruck, als könne bei uns zweierlei Recht stabilirt werden, ein Ausnahmerecht für die „Hamb. Nachr." und ein gemeines Recht für freisinnige oder demokratische Blätter. Wir sind umgekehrt der Meinung, daß unser Richterstand unparteiisch genug ist, um anzuerkennen, daß, was der „Frkf. Ztg." und der „Königsb. Hart. Ztg." recht, den „Hamb. Nachr." billig ist.

— Die Erledigung, welche der Fall Ziegler-Liegnitz gefunden hat, scheint von dem Breslauer Konsistorium nur als eine vorläufige und bedingte angesehen zu werden. Die „Schles. Ztg.", die in diesem Falle wohl als offiziös, das heißt als das Sprachrohr des Konsistoriums in Breslau gelten darf, theilt nämlich die Entscheidung des letzteren mit, indem sie zugleich sagt: „Wie zu erwarten war, ist das Verfahren auf zwangsweise Pensionirung eingestellt worden, da nach dem Inhalt des seitens des königlichen Medizinalkollegiums erstatteten Gutachtens die Annahme einer dauernden, die Amtsfähigkeit ausschließenden Krankheit sich nicht bestätigt hat. Inwieweit den durch vorübergehende Krankheitserscheinungen veranlaßten Amtsstörungen in geeigneter Weise vorzubeugen sein wird, dürfte demnächst zur Erörterung kommen." Dunkel ist dieser Rede Sinn. Aber wenn der letzte Satz überhaupt einen Sinn hat so kann es nur der sein, daß das Konsistorium, obgleich es jetzt die Zwangspensionirung hat fallen lassen müssen, doch noch irgend etwas gegen Pastor Ziegler im Schilde führt. In Liegnitz weiß man, wie dem „Berl. Tgbl." mitgetheilt wird, auch von „vorübergehenden Krankheitserscheinungen" bei Pastor Ziegler, die dem Konsistorium Sorge zu bereiten brauchten, absolut nichts. Seit dem Februar d. J., wo Pastor Ziegler eine Ohnmacht befiel, hat sich nicht wieder die geringste Störung in dem Gesundheitszustande des hochangesehenen Geistlichen gezeigt, und auch nach dem Zeugniß seines Hausarztes ist er jetzt gesunder als je zuvor.

— Zu dem günstigen Urtheil über Brüsewitz des Kriegsministers meint der „Vorwärts", daß der Herr Kriegsminister vielleicht durch den Umstand dazu verführt worden sei, daß Brüsewitz 1893 Adjutant bei seinem Bruder gewesen ist, dem damaligen Kommandeur des 3. Bataillons des Infanterie-Regiments 109 in Karlsruhe, dem jetzigen Stabschef in Breslau.

— Ueber ein neues Vorkommniß à la Brüsewitz in Saarlouis, das glücklicherweise ohne blutigen Ausgang war, wird der dortigen „Saarzeitung" berichtet. Am Buß- und Bettage kam Abends zwischen 10 und 11 Uhr ein Hauptmann mit einem Zivilisten in ein Kafé, schritt an einen von mehreren Herrn, darunter ein Techniker, ein Goldarbeiter und ein junger Kaufmann, besetzten Tisch und rief über letzteren mit sehr lauter Stimme nach dem Wirth. Als nun der junge Kaufmann hustete, ergriff der Hauptmann seinen Degen und zog ihn etwa ein Viertel seiner Länge heraus mit der an den Kaufmann gerichteten Drohung: „Ich werde Sie kalt machen." Der Kaufmann erwiderte: „So schnell geht es wohl nicht." Dann setzte sich der Hauptmann an einen nebenan stehenden Tisch zu einem Major, einem Leutnant und mehreren Zivilisten und fixirte fortwährend die an dem Nebentisch sitzenden Herren, dabei den Degen fortwährend zum Theil herausnehmend und wieder in die Scheide stoßend. Anscheinend suchte der Major den Hauptmann zu beruhigen und verließ, als ihm das nicht gelang, das Lokal. Später begab sich der Hauptmann auf den Hof, wo der junge Kaufmann, der ihm gefolgt war, ihn mit den Worten anredete: „Ich möchte den Herrn Hauptmann bitten, zu erklären, was er unter dem Kaltmachen versteht." Letzterer erwiederte: „Geben Sie Satisfaktion?" worauf der junge Kaufmann erklärte: „Das fällt mir nicht ein." Der Hauptmann sagte darauf: „Nun ja, dann halten Sie das Maul, oder ich mache Sie kalt," wobei er seinen Degen bis zur Hälfte zog. Der Kaufmann widerholte seine Bitte noch entschiedener, worauf der Hauptmann sich wieder an seinen Tisch begab und dort mit seinem Degen wieder wie vorher hantirte. Nunmehr verließ der Kaufmann das Lokal.

— „Ich bin Brüsewitz II., wer mich oder mein Monocle beleidigt, den schieße ich nieder" — mit diesen Worten betrat am Montag Abend in Aachen der Polizeikommissar G., dem sonst die sittenpolizeiliche Kontrolle obliegt, die Restauration von Wiertz in der Jakobstraße. Da er verschiedenen Gästen das Bier austrank, Gläser zertrümmerte und sich thätlich an einigen der anwesenden Gäste vergriff, verbot der Wirth ihm wiederholt das Lokal, aber ohne Erfolg. G. sollte daraufhin durch einen Kellner vor die Thür gebracht werden. Dabei versetzte er, nach dem „Echo d. Gegenw.", dem Kellner mehrere Fußtritte und zerschnitt ihm mit einem Instrument die Oberlippe. Der Kommissar, der wiederholt während dieser Szenen betonte, daß er ehemaliger Offizier sei, war offenbar stark angetrunken.

— Der Hamburger Streik nimmt immer größere Ausdehnung an. Es ist die Gefahr vorhanden, daß er sich zu einem Generalstreik aller im Hafen beschäftigten Personen, die mit der Verfrachtung, der Lagerung, der Verstauung der Waaren u. s. w. zu thun haben, auswächst und auch die Arbeiter in allen andern größeren Hafenstädten in die Streikbewegung hineinzieht. Es streiken jetzt auch 3000 Ewerführer in Hamburg. Die eventuelle Proklamirung eines Generalstreiks wurde in einer großen Versammlung des Verbandes der Hafenarbeiter berathen, die Abstimmung darüber aber bis zu einer weiteren Versammlung am Freitag vertagt. Der englische Arbeiterführer Tom Man hat in einem Flugblatt den Hamburgen Hafenarbeitern verkündet, daß neun Zehntel der englischen Arbeiter den Vorstoß der Hamburger freudig begrüßten. Sämmtliche Genossen in Antwerpen, Rotterdam, Christiania, Gothenburg und den englischen Hafenplätzen sollen ebenfalls zur Unterstützung vorbereitet sein. Auch die französischen Schiffsarbeiter sind anscheinend mit den Streikenden solidarisch. Der Dampfer „California" der Hamburger Packetfahrtgesellschaft konnte in Havre seine Ladung nicht kompletiren. Ein englischer Dampfer offerirte erfolglos einen Tagelohn von zehn Mark. — In Bremen sind außer den Arbeitern der Lagerhausgesellschaft sämmtliche Hafenarbeiter ausständig geworden; in Kiel wollten die Schauerleute am Freitag die Arbeit niederlegen. — 200 Hafenarbeiter, welche von Genua nach Hamburg abfahren sollten, wurden auf Befehl des Präfekten, welcher Italiener-Verfolgungen wie in Zörich befürchtet, festgehalten. Der Präfekt telegraphirte an die Regierung um Ertheilung von Instruktionen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der ungarische Reichstag ist am Donnerstag vom Kaiser Franz Josef mit einer Thronrede eröffnet worden. Dieselbe kündigt eine größere Reihe von Gesetzentwürfen an, unter denen besonders hervorzuheben sind der Entwurf eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches und eines Gesetzes betreffend die katholische Kirchenautonomie. Auf dem Gebiete des Finanzwesens werde eine der wichtigsten Aufgaben die Beendigung des großen Werkes der Valutaregulirung und die Aufnahme der Barzahlung sein. Eine Reform der direkten Steuern sei auch im Plane, welche eine dauernde Erstarkung der auch jetzt vollkommen befriedigenden Finanzlage herbeiführen werde. Auch eine Vorlage betreffend eine Militärstrafprozeßordnung wird angekündigt.

Frankreich.

Dieser Tage ist, wie es in den Berichten hieß, die Universität Paris „eingeweiht" worden. Es hat damit folgende Bewandtniß: Bisher bestanden in den französischen Provinzstädten immer nur einzelne Fakultäten, zwischen denen nicht der geringste Zusammenhang war. In Paris waren natürlich sämmtliche Fakultäten vertreten. Die Gesammtheit des Mittel- und Hochschulwesens Frankreichs hatte die amtliche Bezeichnung „Université de France". Nach dem Gesetz vom vorigen Sommer sollen nun wieder überall in Frankreich richtige Universitäten erstehen. Die Fakultäten sollen ihr Sonderdasein aufgeben, die Aufgabe soll nicht mehr allein in der Abrichtung von Fachleuten, sondern auch in der harmonischen allseitigen Ausbildung der Geister liegen. Die Universitäten sollen auch eine gewisse Selbstständigkeit

erlangen und z. B. eigenes Vermögen erwerben dürfen. Die Pariser Universität ist eine der ersten, die auf der neuen Grundlage umgestaltet wurden. Das war die Bedeutung jener Einweihungsfeier.

England.

Die Königin Viktoria hat über ihre Besitzung Balmoral in Schottland Verfügungen getroffen, dahin gehend, daß dieselbe zugleich mit der Krone auf den Thronerben übergeht. Die Monarchin hat den Wunsch, daß das schottische Schloß auch nach ihrem Tode Residenz des Königs von England verbleibe. Aus diesem Grunde hat die Königin die ausgedehntesten Neubauten, welche nunmehr einem großen Hofstaat Raum bieten, daselbst ausführen lassen. — Die „Pall Mall Gazeta“ versichert, die Regierung beabsichtige, vom Parlament eine Erhöhung der Forderungen für das Heer und die Reserve um mehrere Millionen Pfund zu verlangen, um eine neue Artilleriebewaffnung durchzuführen, zahlreiche neue Linienbataillone zu errichten und das Transportwesen neuzuordnen. — Der von dem Einfall in Transvaal bekannte und deswegen verurtheilte Dr. Jameson soll aus dem Gefängniß entlassen werden. Der Kabinetsrath gab der Haftentlassung Jamesons seine Zustimmung, weil dessen Gesundheitszustand zu Besorgnissen Anlaß gebe.

Provinzielles.

Culmsee, 26. November. Die hiesige Polizeiverwaltung hat eine Verordnung erlassen, nach welcher jedes bewohnte Gebäude in seinen für die gemeinschaftliche Benutzung bestimmten Räumen, d. h. Eingängen, Fluren, Treppen u. s. w., vom Eintritt der Dunkelheit bis zur Schließung der Eingangsthüren, jedenfalls aber bis 10 Uhr Abends, ausreichend zu beleuchten ist.

× **Gollub,** 26. November. Der an Stelle des Apothekers Bergmann zum unbesoldeten Stadtrath gewählte Uhrmacher Tuchler hat die Wahl abgelehnt. — In Folge der in Obitzkau ausgebrochenen Tollwuth ist über unseren Ort die Hundesperre verhängt.

Briesen, 26. November. Der bisherige kommissarische Kreisschulinspektor Dr Seehausen hierselbst ist endgüliig zum Kreisschulinspektor ernannt worden.

Graudenz, 26. November. Der Rekrut Bartel von der 5. Kompanie des Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 15 hat sich in der Nacht zum Mittwoch in einer Wagenremise auf der Feste Courbière erhängt.

Marienwerder, 25. November. Im Oberlandesgerichtsbezirk Marienwerder sollen, wie man dem „Dziennik“ schreibt, die aufsichtsführenden Richter beauftragt worden sein, mitzutheilen, wie viel polnische Rechtsanwälte und Richter an den einzelnen Gerichten beschäftigt seien. Es werde Umfrage gehalten, wo diese Polen, ja deren Eltern, geboren seien, welches der Vatersname der Mutter sei, welche Ausdehnung die Praxis der Rechtsanwälte habe usw.

Marienwerder, 26. November. In Lessen, im benachbarten Kreise Graudenz, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Der Landrath unseres Kreises hat hieraus Veranlassung genommen, für die an der Kreisgrenze belegenen Amtsbezirke Hochzehren und Seubersdorf sowie für den Stadtbezirk Garnsee strenge veterinärpolizeiliche Anordungen zu treffen, um die Uebertragung der Seuche in unseren Kreis zu verhindern.

Marienburg, 25. November. Bei der Konferenz, welche gestern hier in Angelegenheit der Marienburg stattfand, handelte es sich um die Aufbringung von Mitteln zum weiteren Ausbau des Schlosses. Man machte gemeinsam einen Rundgang durch das Schloß und nahm dabei die in den letzten Jahren vorgenommenen baulichen Veränderungen an dem ehemaligen Hochmeisterpalais, am Nieder- und Vorderschloß :c. genau in Augenschein und kam dahin überein, daß eine Weiterführung der Bauten durchaus wünschenswerth sei. Die dazu erforderlichen Mittel würden sich auf 2½ Millionen Mark belaufen, die theilweise durch eine Lotterie aufgebracht werden sollen. Ueber die Veranstaltung einer Geld- oder Klassenlotterie konnte die Versammlung nicht Beschluß fassen, da eine solche der Entscheidung des Königs vorbehalten ist. Das bekannte Bankgeschäft von Heintze in Berlin soll beauftragt werden, zunächst einen Verloosungsplan vorzulegen. Die Generalversammlung des Vereins für Wiederherstellung und Ausschmückung der Marienburg findet am 2. Dezember in Marienburg im Kreishause statt. In derselben wird der Jahresbericht erstattet werden nnd Herr Baurath Steinbrecht einen Vortrag über das Hochschloß halten.

Dirschau, 26. November. Der Kreistag beschloß gestern nach dem Antrage des Kreis-Ausschusses die Konvertirung der vierprozentigen Anleihen des ehemaligen Landkreises Danzig in Höhe von 400 000 und 500 000 Mk., soweit sie noch nicht getilgt sind, in 3½ prozentige, vorausgesetzt die Zustimmung der betheiligten beiden Danziger Landkreise. Zur Errichtung und Unterhaltung einer Arbeitsnachweisestelle im Kreise Dirschau wurden 150 Mk. pro Jahr bewilligt. Ferner wurde die Errichtung eines Kriegerdenkmals in Dirschau, wofür bereits ein Fonds von 1800 Mk. vorhanden ist, wieder angeregt. Der Kreistag wird sich mit der Platzfrage und den anderweitigen Vorbereitungen demnächst beschäftigen, damit event. am hundertjährigen Geburtstage Kaiser Wilhelm I. der Grundstein gelegt werden kann.

Danzig, 26. November. Seit einiger Zeit schweben Verhandlungen, welche auf Herstellung einer elektrischen Bahnverbindung zwischen dem Zentrum der Stadt, den zahlreichen Fabrikanlagen an der Weichsel und der Vorstadt Neufahrwasser abzielen. Die Verwirklichung des Projekts scheint jetzt in nicht allzu weiter Ferne zu stehen. Eine leistungsfähige industrielle Gesellschaft aus Westdeutschland hat sich bereits im Prinzip bereit erklärt, der Ausführung des Projekts näher zu treten.

Danzig, 26. November. Gestern Nachmittag ertrank ein 13jähriger Knabe im Festungsgraben, wo er mit zwei anderen durch das schwache Eis eingebrochen war. Ein Lieutenant und ein Unteroffizier des 36. Feld-Artillerie-Regiments waren nachgesprungen, konnten sich aber nur mit großer Mühe selbst retten.

Krojanke, 25. November. Unsere Stadtverordnetenwahl hat ein seltenes Resultat ergeben: Von den acht ausscheidenden Herrn wurde nämlich auch nicht einer wiedergewählt.

Schlochau, 25. November. Etwa 2 Kilometer von Schlochau wurden 2 Stück Rindvieh von einem von Neustettin kommenden Zuge überfahren und sofort getödtet. Der Zug erlitt eine bedeutende Erschütterung und blieb stehen, zwei Wagen wurden ausgesetzt. Zum Glück ging der Zug langsam, sonst wären die Wagen die hohe Böschung heruntergestürzt. Von den im Zuge befindlichen Passagieren wurde niemand beschädigt.

Königsberg, 25. November. Die abgeschlossene Rechnung der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1895/96 weist einen Ueberschuß von 242 398,48 Mark auf, mithin übersteigt der Ueberschuß für 1895/96 den des Vorjahres um 84 532,50 Mark. Dieser Mehrbetrag kommt der für das Etatsjahr 1897/98 zu erhebenden Provinzial-Abgabe zu gute. Er ist der umsichtigen und sparsamen Wirthschaftsführung in allen Verwaltungszweigen, namentlich auch bei den Provinzialanstalten zu danken, da bis auf einen Fall die Zuschüsse aus der Landeshauptkasse gegen den Etat sich niedriger stellten, bezw. die Ueberschüsse sich erhöhten.

Tilsit, 25. November. Bei der heutigen Präsentationswahl zum Herrenhause für den Landschaftsbezirk Litthauen wurde Herr Gutsbesitzer v. Dreßler-Willkischken gewählt.

Osterode, 25. November. In einer hier abgehaltenen Versammlung behufs Gründung einer Zuckerfabrik wurden über 300 Morgen Rübenbau gezeichnet, so daß die Gründung als sicher anzunehmen ist. Die Fabrik soll in der Nähe von Czierspienten, also nahe dem Bahnhof und dem Drewenzsee, zu stehen kommen.

Lyck, 26. November. Der wegen Ermordung und Beraubung der Frau des Viehhirten Barkowski zum Tode verurtheilte russische Unterthan Sawitzki ist heute vom Scharfrichter Reindel hingerichtet worden.

Krone a. Br., 25. November. Ein 9jähriger Knabe in Monkowarsk hatte die Kühe zur Tränke getrieben und sich dabei über den Wassertümpel gebeugt. Er bekam in dieser Stellung einen Stoß von einer Kuh, so daß er kopfüber in den Tümpel stürzte und ertrank.

Inowrazlaw, 25. November. Die Sache gegen den Drogenhändler Kazmierczak gelangte gestern vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. Bei dem Angeklagten waren bekanntlich seinerzeit eine Anzahl Apothekerwaaren von einer Revisionskommission beschlagnahmt worden, und es war wegen dieser Uebertretung gegen K. Anklage erhoben worden. Sein Vertheidiger bestritt, daß der Vorrathsraum geheim gewesen sei und daß der Angeklagte den Vertrieb der Waaren en dètail besorgt hätte; vielmehr habe er diesen nur en gros versehen. Demgegenüber stellten die Sachverstädigen fest, daß Waaren für Detailpreise ausgezeichnet gewesen seien, eine Thatsache, aus der sich ergebe, daß K. thatsächlich an das Publikum Waaren im Datilverkehr abgegeben habe. Der Gerichtshof verurtheilte K. nach dem „K. B.“ zu der höchsten gesetzlichen, von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafe von 150 Mark Geldstrafe eventuell 30 Tagen Haft und Zahlung der Gerichtskosten. Gleichzeitig wurde die Vernichtung der beschlagnahmten Waaren ausgesprochen.

Lokales.

Thorn, 27. November.

— [Dem Reichstage] wird in nächster Zeit ein Gesetzentwurf vorliegen, der für den Getreidehandel auch unserer Stadt von Bedeutung ist. Der Graf Schwerin und Genossen haben bekanntlich einen Antrag eingebracht, nach welchem die Zollkredite für Getreide beschränkt werden sollen, weil angeblich den Inhabern von Zollkredit ein unberechtigter Zinsgenuß zu gute kommt. Gegen diese ganz irrige Auffassung sind bereits vielfache Proteste ergangen, und auch die Handelskammer Thorn hat eine Petition an den Reichstag erlassen mit der Bitte, derselbe wolle dem Gesetzentwurf nicht die Zustimmung ertheilen. Ferner hat sich die Handelskammer einer Petition von Bielelefeld an den Reichstag angeschlossen, welche die Bitte ausspricht, dafür eintreten zu wollen, daß ein Zolltarifamt eingerichtet und der Rechtsweg in Zollstreitsachen gesetzlich zulässig sei.

— [Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.] Nach einer Bekanntmachung des Magistrats wird für alle Zweige des Handelsgewerbebetriebes an den letzten vier Sonntagen vor Weihnachten gestattet sein, daß der Geschäftsverkehr an diesen Tagen in den Stunden von 7 bis 9 Morgens, von 11 bis 3 Uhr Mittags und von 4 bis 6 Uhr Abends stattfindet.

— [Zuständigkeit des Gewerbegerichts in Schifffahrtsangelegenheiten.] Vor einigen Wochen hatte sich eine Kammer des Berliner Gewerbegerichts für unzuständig erklärt, da die betreffende Streitsache vor das Gericht am Wohnsitz des Schiffseigners gehöre. Die Schiffsmannschaft wäre, wenn dies zuträfe, übel daran, sie käme wohl selten in die Lage, am Wohnsitz des Schiffseigners ihr Recht zu suchen. Die Entscheidung stützt sich auf § 6 des Binnenschifffahrts-Gesetzes. Man schreibt jedoch dem „Schiff“ aus berufenen Kreisen: Wir sind der Ansicht, daß § 6 des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1895 nicht entscheidend ist. § 6 sagt nur, daß das Gericht des Heimathortes für alle Klagen zuständig ist, es sagt nicht, daß dieses Gericht ausschließlich zuständig ist. Jedes andere Gericht, welches nach allgemeinen Grundsätzen zuständig ist, kann also auch angegangen werden. Für die Gewerbegerichte kommt § 25 des Gewerbegerichts-Gesetzes in Frage, wonach zuständig ist das Gewerbegericht am Orte der Erfüllung. Es fragt sich also, ob der betreffende Vertrag bezw. die streitige Verpflichtung in Berlin zu erfüllen war. Der Arbeitsvertrag im Schiffereigewerbe ist aber wohl überall zu erfüllen, wo das Schiff sich gerade befindet; dort wird auch der fällige oder rückständige Lohn zu zahlen sein. Bemerkt sei schließlich, daß bis jetzt nur die eine Entscheidnng des Berliner Gewerbegerichts vorliegt, die auf Grund des § 6 des Reichsgesetzes vom Juni 1895 die Unzuständigkeit erklärt. Gegen diese Entscheidung ist Berufung beim Landgericht eingelegt worden, wo die Sache augenblicklich noch schwebt.

— [Neue Titel.] Der Finanzminister beabsichtigt, den älteren Hauptamts-Assistenten und Einnehmern erster Klasse, welche längere Zeit in wichtigeren Stellen gute Dienste gethan haben und durch ihr gesammtes Verhalten einer Auszeichnung würdig erscheinen, durch Verleihung eines persönlichen Titels seine besondere Anerkennung für ihre Dienstleistungen auszudrücken. Den Hauptamts-Assistenten soll der Titel: „Haupt-Zoll- resp. Steueramts-Sekretär“, den Einnehmern der Titel: „Zoll- resp. Steuer-Rendant“ beigelegt werden. Maßgebend soll die Gesammtdienstzeit sein, welche die Betheiligten in Stellen von Hauptamts-Assistenten und Einnehmern erster Klasse zugebracht haben. Es dürfen jedoch nur solche Beamte in Frage kommen, für welche diese Zeit wenigstens zehn Jahre beträgt. Den Provinzial-Steuerdirektoren 2c. bleibt überlassen, derartige Titelverleihungen zu beantragen und damit schon im laufenden Jahre zu beginnen, soweit hierzu Anlaß vorliegt.

— [Lehrer im Schulvorstand.] Der Kultusminister hat durch Zirkularerlaß aufgefordert, die geltenden Bestimmungen über die Bildung von Schulvorständen durch einen Zusatz zu ergänzen, nach welchem der definitiv angestellte Lerer des Ortes jedesmal auch Mitglied des Schulvorstandes sein muß. Sind mehrere Lehrer vorhanden, so soll die Regierung einen von ihnen bestimmen. Entsprechende Anordnung ist bezüglich des Eintritts eines Rektors oder Lehrers in die städtischen Schuldeputationen oder Kommissionen zu treffen.

— [Herr W. Westphal] in Johannesmühle bei Schulitz] schreibt uns im Anschluß an seine neuliche Mittheilung noch folgendes: Er habe vor einiger Zeit in einem Blatte unter „Thorn“ gelesen, daß die Firma Gebr. Patzer (soll heißen Georg Patzer) sowie die Herren Wegener und Westphal durch große Einkäufe auf der Weichsel die Verkäufer sehr geschädigt hätten, so daß bei den polnischen Händlern jetzt ein gewisses Mißtrauen herrsche, wodurch das Holzgeschäft im Allgemeinen erschwert werde. Dies sei dahin richtig zu stellen, daß er, Westphal, schon seit drei bis vier Jahren kein Stück Rundholz auf der Weichsel gekauft habe, und daß er also unmöglich damit gemeint sein könne, indem die polnischen Händler durch ihn auch nicht einen Pfennig verloren hätten. Herr W. fügt dieser Mittheilung hinzu, es wäre doch gut, wenn die Herren Berichterstatter in Zukunft sich bemühen würden, möglichst richtig zu referiren, damit derartige Vorkommnisse vermieden werden möchten.

— [Die Auszahlung der Feuerlöschgebühren] findet morgen, Sonnabend, Abends 6 Uhr im Polizeikommissariat statt.

— [Temperatur] heute Morgen 8 Uhr 4 Grad C. Kälte; Barometerstand 28 Zoll 2 Strich.

— [Polizeiliches.] Verhaftet wurden 5 Personen.

— [Gefunden] eine Brille mit blauer Stahleinfassung in der Lewinschen Badeanstalt. Eingeliefert vom kgl. Amtsgericht Thorn aus einer Strafsache eine Korallenkette und ein weißgrauer Federfächer.

— [Von der Weichsel.] Der Wasserstand betrug heute Morgen 0,5 Meter unter Null.

Kleine Chronik.

* Der König von Italien hat dem Professor Behring das Kommandeurkreuz des Ordens der italienischen Krone verliehen.

* Der Hauptgewinn der Berliner Gewerbe-Ausstellungs-Lotterie, ein Silberservice im Werthe von 25 000 Mk., fiel auf Nummer 438 482. Gewinner ist die Ausstellung selber, unter deren unverkauft gebliebenen Restloosen sich das Gewinnloos befindet.

* Die Familie des ermordeten Bankiers Cohn in Pleß hat tausend Mark Belohnung für die Ergreifung der Mörder ausgesetzt. Die unter dem Verdachte, die Mordthat verübt zu haben, verhafteten Personen sind wieder entlassen worden, da sich der Verdacht als grundlos erwies.

* Ein großes Grubenunglück hat sich nach der „Breslauer Morgenzeitung“ am Mittwoch Abend in Zengorze (Russisch-Polen) ereignet. Es wird davon gesprochen, daß 30 Bergleute den Tod gefunden haben. Nähere Nachrichten fehlen noch.

* In Bayreuth geht man damit um, Richard Wagner ein Denkmal in Gestalt eines Tempels mit Rundbau, Prachtkuppel und Säulen zu errichten.

Spiritus-Depesche.

Königsberg, 27. November.
v. Portatius u. Grothe.
Unverändert.

Loco cont. 50er	—,— Bf.,	—,— Gd.	—,— bez.
nicht conting. 70er	36 80 „	36,50 „	—,— „
Nov.	—,— „	—,— „	—,— „
	36,80 „	36,00 „	—,— „
Frühjahr	—,— „	—,— „	—,— „
	39,00 „	38,00 „	—,— „

Telegraphische Börsen-Depesche.

Berlin, 27. November.

Fonds: fest.		26. Nov.
Russische Banknoten	217,80	217,15
Warschau 8 Tage	216,20	216,20
Preuß. 3% Consols	98,40	98,30
Preuß. 3½% Consols	103,50	103,60
Preuß. 4% Consols	103,75	103,90
Deutsche Reichsanl. 3%	98,20	98,20
Deutsche Reichsanl. 3½%	103,30	103,40
Polnische Pfandbriefe 4½%	fehlt	67,00
do. Liquid. Pfandbriefe	66,50	66,50
Westpr. Pfandbr. 3% neul. II.	93,25	93,50
Diskonto-Comm.-Antheile	206,30	205,90
Oesterr. Banknoten	170,00	170,00
Weizen: Nov.	176,75	177,00
Dez.	175,75	177,00
Loco in New-York	Feiert.	fehlt
Roggen: loco	131,00	131,00
Nov.	129,75	120,50
Dez.	129,75	130,50
Hafer: Nov.	131,00	131,00
Dez.	130,75	130,50
Rüböl: Nov.	58,50	58,80
Dez.	58,50	58,80
Spiritus: loco mit 50 M. Steuer	fehlt	57,10
do. mit 70 M. do.	37,50	37,50
Nov. 70er	42,00	42,10
Dez. 70er	42,00	42,10
Thorner Stadtanleihe 3½ pCt.	—,—	100,50

Wechsel-Diskont 5%, Lombard-Zinsfuß für deutsche Staats-Anl. 5½%, für andere Effekten 6%.

Petroleum am 26. November,
pro 100 Pfund.

Stettin loco	Mark	10,90
Berlin	„ „	10,75

Neueste Nachrichten.

Frankfurt a. M., 26. November. Im Zeugnißzwangsverfahren gegen die „Frankf. Ztg.“ ist wider den verantwortlichen Redakteur A. Giesen eine Geldstrafe von 200 Mk. und Zwangshaft vom 4. Dezember an verfügt worden. Der Betroffene hat sofort gegen diese Entscheidung Beschwerde eingelegt.

Petersburg, 26. November. Das Gerücht, Großfürst Nikolojewitsch habe dem Kaiser von Oesterreich einen Theilungsplan betreffend die Türkei vorgelegt, wird von kompetenter Seite als Erfindung bezeichnet.

Rom, 26. November. Der König von Serbien wurde heute Nachmittag 3 Uhr vom Papst empfangen.

Telegraphische Depeschen.

Kiel, 27. November. Prinzessin Heinrich ist heute früh 8 Uhr von einem Prinzen entbunden worden.

Telephonischer Spezialdienst
der „Thorner Ostdeutschen Zeitung“.

Berlin, 27. November. Das Abgeordnetenhaus wird bei der ersten Berathung des Lehrergesetzes seine Plenarsitzungen bis etwa zum 10. Dezember aussetzen.

Verantwortl. Redakteur: G. Gothe in Thorn.

Polizeiliche Bekanntmachung.

In Gemäßheit der ministeriellen Anweisung vom 10. Juni 1892 — betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wird **für alle Zweige des Handelsgewerbes** in Thorn die Ausübung des Gewerbebetriebes an den letzten vier Sonntagen vor Weihnachten d. Js. in der Weise gestattet, daß der Geschäftsverkehr an diesen Tagen in den Stunden von 7 bis 9, 11 Vormittags bis 3 Uhr und von 4 bis 6 Uhr Nachmittags stattfinden darf.

Thorn, den 25. November 1896.

Die Polizei-Verwaltung.

Rothe Kreuz-Lotterie.

Hauptgewinn Mk. **100,000**; Ziehung am 7. Dezember cr.; Loose a Mk. 3,50

Kieler-Geld-Lotterie, Hauptgewinn Mk. **50,000**; Loose a Mk. 1,10 empfiehlt die Hauptagentur

Oskar Drawert, Thorn.

Wollen Sie Geld

verdienen? Send. Sie ihre Adresse sub **B 300** an **Louis Wolff's** Ann.-Exp. **Leipzig.**

Ein eiserner Regulir-Füllofen billig zu verkaufen. **S. David.**

---

1 Schreibtisch, 1 Speisespind und andere Möbel sind zu verkaufen Tuchmacherstr. 20.

Billig Stangenhaufen Brennholz verkauft **Gülle,** Podgorz.

Wirthen lief. **Billardtuch** bis 2 Meter breit, 1 Mtr. Länge, 6—12 Mark. **Proben frei. Silberpreis Paris. H. Martini,** Tuchfabrik, **Schwiebus.**

Zum

Weihnachtsfeste

empfehle als passende Geschenke angefangene und musterfertige

Stickereien

jeder Art auf Canevas und Congreßstoff, gezeichnete und angefangene **Leinenwaaren, Plüschgegenstände, Körbe** u. geschnitzte **Holzsachen, Portefeuilleartikel** 2c.

Jede Handarbeit wird in kürzester Zeit angefertigt.

A. Petersilge, Breitestr. 23.

Warme Schuhe Filz-Schuhe Gummi-Schuhe

in den denkbar besten Qualitäten zu normalem Preise empfiehlt

Louis Feldmann,

jetzt Breitestraße 15.

Pianoforte

Fabrik **L. Herrmann & Co., Berlin,** Neue Promenade 5, empfiehlt ihre Pianinos in kreuzsaitiger Eisenconstruction, höchster Tonfülle und fester Stimmung. Versand frei, mehrwöchentliche Probe gegen bar oder Raten von 15 M. monatlich an ohne Anzahlung. Preisverzeichniss franco.



Husten ┼ Heil

(Brust-Caramellen)

von **E. Ubermann, Dresden,** sind das einzig beste diätet. Genußmittel bei Husten und Heiserkeit. Zu haben bei

J. G. Adolph.

Arnica-Haaröl

ist das **wirksamste** und **unschädlichste,** in tausenden von Fällen bewährte Hausmittel gegen **Haarausfall u. Schuppenbildung.** Flaschen a 75 und 50 Pf. bei: **Anders & Co.**

In meinem Hause **Schulstraße 10/12** sind noch

herrschaftliche Wohnungen

von 6 Zimmern und Zubehör von sofort **zu vermiethen.**

Soppart, Bachestraße Nr. 17.

Bitte zu beachten!

Gegen Gicht und Rheumatismus! Gegen kalte und nasse Füße! empfehle ich meine guten, wirklich reell gearbeiteten **Pegauer und Oschatzer**

Filz-, Tuch- u. Pelz-Stiefel

für kalte Bureaux, Schulzimmer, Haus und Werkstatt.

Gummischuhe, russische Schneeschuhe! Ferner **Einlege-Sohlen** aus Filz, Stroh, Roßhaar, Lofa, Kork u. s. w.

Gleichzeitig bringe mein **Hutlager** in weichem und steifem Filz in empfehlende Erinnerung. Stets die allerneusten Farben und Formen, gute Qualitäten!

G. Grundmann, Hutmacher, Breitestr. 37.



Bitte ausschneiden und einsenden!

E. von den Steinen & Cie.

Stahlwaarenfabrik, **Wald bei Solingen.**

Versand an Private.

Großer illustr. Preiskourant mit ca. 300 Abbildungen von sämmtlichen Stahlwaaren, Haushaltungs-Artikeln 2c. gratis und franko.

Verlangen Sie zur Probe:

1 Damenscheere,

Nr. 75, 6" lang, fein vergoldet,

Mk. 1,—.

1 fein Taschenmesser,

Nr. 304, 2 fein polirte Klingen und Korkzieher, imitirte Schildpatschalen mit Neusilber-Rahmen

Mk. 1,30.

Der Besteller verpflichtet sich, die beiden Gegenstände innerhalb 8 Tagen zurückzusenden, oder den Betrag franko dafür einzuschicken.

Name (recht deutlich): **Wohnort** (leserlich):



8 Tage zur Probe

franco sendet die **Stahlwaaren-Fabrik** von **Gebrüder RAUH** in **Gräfrath** bei **Solingen** dem Einsender dieser Annonce ein hochfeines Taschenmesser **No. 405** (sogenannter **Nicker;** schließt sich nur durch Druck auf die kleine Klinge) mit 2 aus prima Stahl geschmiedeten Klingen und Korkzieher, echtes Hirschhornheft mit doppelten Neusilber-Beschlägen. Besteller verpflichtet sich, den Betrag von **Mk. 1,35** binnen obiger Frist einzusenden oder das Messer unfrankirt zurückzuschicken.

Ort und Datum (deutlich) Name und Stand (deutlich)

Reichhaltig illustrirtes Preis-Musterbuch mit ca. 400 Abbildungen versenden umsonst und portofrei. Briefmarken aller Länder nehmen in Zahlung. Zahlreiche lobende Anerkennungen. Nachdruck unserer Annoncen verboten.

Reform-Ocarina

in 6 Grössen a 50, 75, 100, 150 Pfennige. Schule 20 Pfennige. In einer Stunde erlernbar.

Thorn. Justus Wallis.

Adam Kaczmarkiewicz'sche einzige echte altrenommirte

Färberei

und Haupt-Etablissement für chem. Reinigung von Herren- und Damenkleidern etc.

Thorn, nur Gerberstraße 13/15.

Neben der Töchterschule und Bürgerhospital.

Zum sofortigen Antritt suche ich einen

Lehrling

mit guten Schulkenntnissen.

Samuel Wollenberg.

Eine junge

Aufwärterin

wird v. sogl. **gesucht** Baderstr. 22, 2 Trp.

Das Hauptvermittelungsbureau

von **St. Lewandowski, Thorn,** Heiligegeiststraße **nur** Nr. 5, I offerirt u. sucht zu jeder Zeit: Erzieherinnen wie 4 Bonnen nach Warschau, Verkäuferinnen, Buffet., Wirthinnen, Kochmamsell, Köchinnen, Stubenmädchen, Diener, Hausdiener und Kutscher, wie sämmtliches Dienstpersonal. Für Privatfestlichkeiten sowie Restaurateure empfehle Aushilfe-Kellner, Köche u. Köchinnen.

Fourage-Handlung

G. Edel, Thorn

offerirt

Häcksel

von Roggen-Richtstroh a Ctr. 2,25 Mark.

Katharinenstraße 7 **möblirtes Zimmer** mit oder ohne Pension zu vermiethen.

II. Etage sofort oder später zu vermiethen. **Henschel,** Seglerstraße 10.

Möblirte Zimmer zu vermiethen, mit auch ohne Pension Schuhmacherstr. 5.

Zahnarzt Davitt

Bachestraße 2, I.

Wohnung

zu vermiethen Bäckerstraße 45.

Möbl. Zimmer n. v. z. verm. Breitestr. 23, II.

Die vom Kreisphysikus Herrn **Dr. Wodtke** bewohnte **2. Etage** ist per 1. April 1897 zu vermiethen.

A. Glückmann Kaliski.

---

1 gut möblirtes Zimmer für 18 Mk. vom 1. Dezember zu vermiethen **B. Rosenthal,** Breitestr.

Ein g. möbl. Zim. z. verm. Jakobsstr. 16 I.

Ein Vorderzimmer,

zum Comptoir sich eignend, zu vermiethen Schillerstraße 6, I.

Brückenstraße 14.

Julius Rosenthal,

Bauklempnerei,

Werkstätte für Kanalisations- und Wasserleitungs-Anlagen, sowie **kompletter Badeeinrichtungen, Verzinnungs-Anstalt für kupferne Geschirre. Reparatur-Werkstätte für Bierdruck-Apparate. Uebernahme von sämmtlichen Dacharbeiten sowie auch Reparaturen bei billigster Preisnotirung. Empfehle meine**

Gläser-Spül-Apparate.

Julius Rosenthal,

Bei Jedem Husten brauche man **Issleib's** Encalyptus Bonbons. Vorzügliches Hausmittel

Wirkung großartig. Für Erwachsene und für Kinder.

Vorschr. 50% weißer Zuckersyrup, 50% Eucalyptus zu Caramell gekocht in Beuteln a 30 Pfg. in **Thorn** bei **Adolf Majer,** Breitestr., **C. A. Guksch,** Breitestr. u. **Anton Koczwara.** Elisabethstr.

Eröffnung.

Sonnabend Nachmittags 6 Uhr eröffne ich meine auf dem

Grützmühlenteich erbaute **Restauration.**

Zur Eröffnung findet ein



Wurstessen

statt. Die Räume sind gut geheizt. Es ladet zum freundlichen Besuch ergebenst ein

Robert Roeder.

Artushof.

Tägl. fr. Pa. Holländ. Austern. Eingegangen: lebende Hummer, Waldschnepfen, div. Seefische.

Central-Hôtel.

Heute Sonnabend, d. 28. November, von 6 Uhr Abends ab:

Frei-Concert

und italienische Nacht,

wozu ergebenst einladet

J. Przybylski.

Zu dem am **Sonnabend,** den 28. November, von 8 Uhr Abends ab stattfindenden

Tanzkränzchen

verbunden mit **Kappenfest** ladet ergebenst ein **Das Comitee.**

Gasthaus „Grüner Eichenkranz", Mocker.

Auftreten eines berühmten Komikers.

Heute Sonnabend, 6 Uhr Abends: Frische Grütz-, Blut- und Leberwurst. Hermann Rapp, Schuhmacherstr. 13.

Alle Sonnabend Abend von 6 Uhr ab:

Frische Grütz-, Blut- u Leberwürstchen

empfiehlt **Benjam. Rudolph.**



Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab **Frische Grütz-, Blut- und Leberwürstchen. R. Beier, Kl. Mocker,** Bergstraße.

Zu dem am **Sonntag, den 29. d. Mts.** bei mir stattfindenden

Wurstessen

mit nachfolgendem

Tanzkränzchen,

ladet ergebenst ein

Gasthaus zum Deutschen Kaiser, Stewken

Sehr schönes junges fettes

Fleisch

empfiehlt die **Roßschlächterei,** Hohestr. 11.

Gustave Jules Boode,

Weingrosshandlung

St. Péray

(Départ de l'Ardêche)

empfiehlt seine **St. Péray mousseux** und **Romanée mousseux Weine** und bittet, Bestellungen direkt nach **St. Péray (Ardêche)** zu richten.

Feine Mexiko-Cigarren.

Vorzüglich im Geschmack u. Aroma, in den Preislagen v. Mk 10 u. 8 pro 100 Stück empfiehlt

Oskar Drawert, Thorn.

Hochelegante, aparte

Briefpapiere.

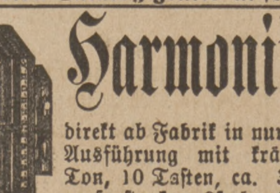
Justus Wallis, Breitestrasse 28.

Pelzwaaren!

Beste und billigste Bezugsquelle

Oscar Berger, Hoflieferant, **Liegnitz.**

(Illustrirt. Catalog gratis u. franco.)



Harmonikas

direkt ab Fabrik in nur solider Ausführung mit kräftigstem Ton, 10 Tasten, ca. 35 cm. groß, starkem 3fachen Doppelbalg mit Metallschutzecken, offener Claviatur

mit 2 ächten Regist. Stck. M. 5,00 }
„ 3 „ „ „ „ 7,00 } incl. Schule
„ 4 „ „ „ „ 9,00 } u. Verpack.

Ferner große Auswahl mit 10, 17, 19 u. 21 Tasten von M. 6,00 bis M. 30,00 pro Stück, sowie alle Sorten von **Streich- und Blasinstrumenten** liefert gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages

Gotthard Doerfel,

Klingenthal, Sachsen.

Kalender 1897

in allen gangbaren Ausgaben empfiehlt

E. F. Schwartz.

Am 29. November 1896 begeht der hiesige

Enthaltsamkeits-Verein „Zum Blauen Kreuz"

sein **erstes Jahres-Stiftungsfest,** bestehend in:

Festgottesdienst

in der neustädt. evangl. Kirche Nachm. 5 Uhr Festpredigt: Herr Pastor **Schmolke** aus Libau bei Gnesen.

Nachfeier

in der Aula des Königl. Gymnasiums Abds. 7 Uhr — Jahresbericht. Vortrag des Herrn Oberstlieutenant a. D. **von Knobelsdorf-Berlin,** wozu Herren und Damen herzlichst eingeladen werden.

Eintritt frei. Textbücher vor der Aula 30 Pf.

Der Vorstand.

Friedrich  Wilhelm-

Schützen-Brüderschaft.

Erstes Wintervergnügen:

Sonnabend, den 28. November 1896, Abends 8 Uhr,

Concert mit darauf folgendem Tanz.

Der Vorstand.

Verein junger Kaufleute „Harmonie".

Sonnabend, d. 28. Novbr., 8½ Uhr: Im großen Saale des Artushofs

IX. Stiftungsfest.

Der Vorstand.

Kirchliche Nachrichten

für Sonntag, den 29. Novbr. 1896.

Altstädt. evangel. Kirche.

Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Stachowitz.

Abends 6 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Jacobi.

Kollekte für das Krankenhaus der Barmherzigkeit in Königsberg.

Neustädt. evangel. Kirche.

Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Hänel.

Nachher Beichte und Abendmahl.

Nachm. 5 Uhr: Festgottesdienst des Enthaltsamkeitsvereins „Zum Blauen Kreuz". Herr Pastor Schmolke.

Evangelische Militärgemeinde.

(Neustädt. evangel. Kirche.)

Vorm. 11½ Uhr: Gottesdienst. Herr Divisionspfarrer Strauß.

Kindergottesdienst.

(Neustädt. evangel. Kirche.)

Nachm. 2 Uhr: Herr Divisionspfarrer Strauß.

Evangel. Gemeinde in Mocker.

Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst. Herr Prediger Frebel.

Evangel.-luth. Kirche Mocker.

Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst.

Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst. Herr Pastor Meyer.

Evangel. Gemeinde in Podgorz.

Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst in der evangel. Schule zu Podgorz.

Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst in der Kapelle zu Kutta. Herr Pfarrer Endemann.

Thorner Marktpreise

am Freitag, den 27. November 1896.

		niedr. Preis		höchst. Preis	
Rindfleisch	Kilo	—	90	1	—
Kalbfleisch	„	—	80	1	—
Schweinefleisch	„	1	—	—	—
Hammelfleisch	„	—	90	1	—
Karpfen	„	1	80	2	—
Aale	„	—	—	—	—
Schleie	„	—	—	—	—
Zander	„	1	20	1	40
Hechte	„	—	80	1	—
Bressen	„	—	60	—	80
Krebse	Schock	—	—	—	—
Puten	Stück	3	50	4	50
Gänse	„	4	50	5	50
Enten	Paar	2	80	3	—
Hühner, alte	Stück	1	—	1	30
„ junge	Paar	1	—	1	20
Tauben	„	—	60	—	—
Hasen	Stück	3	—	—	—
Butter	Kilo	1	60	2	20
Eier	Schock	2	80	3	60
Kartoffeln	Zentner	1	70	2	—
Heu	„	2	75	—	—
Stroh	„	2	50	—	—

Druck der Buchdruckerei „Thorner Ostdeutsche Zeitung", Verleger: M. Schirmer in Thorn.